

Die russische Anti-Sekten-Bewegung, Alexander Dvorkin und Konstantin Rudnev

Willy Fautré

Human Rights Without Frontières, Bruxelles, Belgique

w.fautre@hrwf.org

ZUSAMMENFASSUNG: Dieser Artikel analysiert die Rolle des russischen Anti-Sekten-Aktivismus – insbesondere Alexanders Dvorkin und der russisch-orthodoxen Kirche – in der jahrzehntelangen Kampagne gegen Konstantin Rudnev und die als „Ashram Shambala“ bekannte Bewegung. Basierend auf Gerichtsurteilen, Medieninterventionen und der Entwicklung der postsowjetischen Religionspolitik rekonstruiert die Studie, wie anti-sektenbezogene Rhetorik, Staatssicherheitsbedenken und orthodoxe institutionelle Interessen zusammenkamen, um ein feindliches Umfeld für religiöse Minderheiten zu schaffen. Das Verbot von „Ashram Shambala“ im Jahr 2014, das auf diskreditierten Vorstellungen von „Gehirnwäsche“ beruhte und durch frühere erfundene Strafverfahren gestützt wurde, veranschaulicht die Symbiose zwischen anti-sektenorientierten Akteuren und staatlichen Behörden. Der Artikel verortet Dvorkins Einfluss in breitere Entwicklungen: die Ausweitung religiöser Vielfalt nach 1990, das Aufkommen der „spirituellen Sicherheit“ als nationale Priorität, die Verschärfung der Registrierungs- und Extremismusgesetze sowie die wachsende Übereinstimmung zwischen orthodoxer Identität und staatlicher Politik. Der Fall Rudnev zeigt, wie anti-sektenorientierter Diskurs zu einem Werkzeug wurde, um nicht-traditionelle religiöse Bewegungen zu unterdrücken, Zensur zu legitimieren und russische Narrative ins Ausland zu exportieren. Es hebt auch die beweislichen Schwächen und politischen Motive hervor, die der Verfolgung alternativer spiritueller Gemeinschaften im zeitgenössischen Russland zugrunde liegen.

STICHWÖRTER: Konstantin Rudnev, Ashram Shambala, Alexander Dvorkin, Anti-Sektenbewegung in Russland, Russisch-Orthodoxe Kirche.

„Ashram Shambala“ in Russland verboten

Am 11. April 2014 verbot das Regionalgericht Nowosibirsk in Russland die religiöse Bewegung „Ashram Shambala“, die 1989 von Konstantin Rudnev in Nowosibirsk gegründet wurde (Duval, diese Ausgabe des *Journal of CESNUR*). Die Entscheidung trat am 20. Mai 2014 in Kraft. Das Urteil stellte fälschlicherweise fest, dass Rudnev „der religiösen Gruppe den Namen ‘Ashram Shambala’ gegeben habe.“ Tatsächlich verwendeten einige seiner Schüler

zunächst den Namen, und die Medien machten ihn später populär; er wird weit verbreitet verwendet, um die Gemeinschaft seiner Anhänger zu bezeichnen, aber Rudnev gründete oder gründete nie eine Organisation namens „Ashram Shambala“.

Die Entscheidung behauptete, „Ashram Shambala“ sei „eine pseudo-tantrische, neopagane, totalitäre und zerstörerische Sekte, deren Aktivitäten mit Gewalt und Anstachelung der Bürger verbunden sind, zivile Pflichten nicht zu erfüllen.“ Wie ein russisches Gericht zwischen „echten“ und „pseudo“ tantrischen Lehren unterscheiden kann, wurde nicht erklärt.

Basierend auf einem Bericht von Anti-Sekten-“Experten“ stellte das Gericht fest, dass Rudnevs Lehren „okkulte Ideen der Roerichs [Nikolaus, 1874–1947 und Helena, 1879–1955], H.[elena] P.[etrovna] Blavatsky [1831–1891], C.[arlos] Castaneda [1925–1998], Sri Aurobindo [1872–1950], Osho [Rajneesh, 1931–1990], G.[eorge] I.[vanovich] Gurdjieff [1866–1949] einbezogen, und P.[yotr] D.[emyanovich] Ouspensky [1878–1947]“, was das Gericht offenbar als etwas anstößig betrachtete. Die Richter bestanden außerdem darauf, dass Rudnevs angeblich „antisoziale“ Lehren im Buch *Der Weg des Narren* (Petukhova und andere o.J.) enthalten seien. Sie wiesen den Einwand zurück, dass der Text keine doktrinaire Aussage sei, sondern eine fiktive Darstellung seines frühen Lebens, verfasst von einem Schüler und nicht von ihm, ergänzt durch Texte anderer Studenten.

Die Entscheidung stützte sich weitgehend auf die Theorie, dass „Sekten“ „Gehirnwäsche“ verwenden, was unter westlichen Wissenschaftlern neuer religiöser Bewegungen diskreditiert wurde (Introigne 2022), aber in Russland weiterhin von Gerichten verwendet wird. In Bezug auf die „Opfer“ des „Ashram Shambala“ erklärte das Gericht, dass

um ihren Willen zu unterdrücken und sie den Wünschen und dem Willen von K. D. Rudnev zu unterwerfen, wurde psychische und psychologische Gewalt in Form speziell entwickelter Methoden aggressiver äußerer Einflüsse auf die Psyche ausgeübt, die aktiv auf die beteiligten Personen angewandt wurden... Die Anwendung dieser Methoden führte zur Bildung einer stabilen psychologischen Abhängigkeit der beteiligten Personen von K. D. Rudnev und dem Umfeld der religiösen Gruppe „Ashram Shambala“, zur Angst vor sozialen Verbindungen und Beziehungen außerhalb davon sowie zur Kontrolle über die Handlungen und den Willen der „Adepten“ und „Sadhakas“, deren Unterordnung seinem [Rudnevs] Willen und Wünschen, und deren langfristige Verbleib in der religiösen Gruppe „Ashram Shambala“.

Das Gericht war sich der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) von 2010 im *Fall Zeugen Jehovas von Moskau und anderen gegen Russland bewusst*, in der die gegen die Zeugen Jehovas ergriffenen Maßnahmen als unvereinbar mit der Religions- oder Glaubensfreiheit befunden wurden (Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte 2010). Es unterschied jedoch den Fall Rudnev als einen, in dem Überzeugungen den Mitgliedern durch „Zwang gegen ihren Willen“ aufgezwungen wurden. Tatsächlich waren auch die Zeugen Jehovas beschuldigt worden, „Gedankenkontrolle“ angewandt zu haben. Der EGMR hatte Einspruch erhoben, dass „es keine allgemein anerkannte und wissenschaftliche Definition davon gibt, was 'Gedankenkontrolle' ausmacht“ (Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte 2010, 129),

Das Gericht stellte außerdem fest, dass im Fall Rudnev die Entscheidung zum Verbot des „Ashram Shambala“ auf einem vorherigen Strafurteil beruhte. Ein Jahr zuvor, im Februar 2013, war Rudnev zu 11 Jahren Haft in einer strengen Strafanstalt verurteilt worden, nachdem ein Scheinprozess auf erfundenen Anklagen basierte und von Verfahrensunregelmäßigkeiten, Zeugenkontamination und narrativer Konstruktion geprägt war (Duval, diese Ausgabe des *Journal of CESNUR*).

Die Verfolgung hatte noch früher begonnen. In Nowosibirsk versuchte die Polizei, die Aktivitäten der frühen Bewegung zu unterdrücken. Versuche, Rudnev anzuklagen, wurden 1999, 2004 und 2008 eingeleitet, doch bei jeder Gelegenheit konnten die Ermittler letztlich kein strafrechtliches Verhalten nachweisen oder Opfer identifizieren.

Im Jahr 2004 wurden Strafverfahren nach Artikel 239 des russischen Strafgesetzbuches eingeleitet („Gründung und Führung einer Vereinigung, die die Persönlichkeit und Rechte der Bürger verletzt“), eine Bestimmung, die häufig gegen als „Sekten“ bezeichnete Gruppen („секты“ auf Russisch) verwendet wird. Das Verfahren wurde schließlich eingestellt, weil die Ermittler nicht genügend Beweise für eine Straftat fanden.

Im Oktober 2008 führten Polizei und Spezialeinheiten eine Razzia im Dorf Plotnikovo in der Region Nowosibirsk durch, in der Rudnev lebte, und nahmen ihn sowie sechs Mitglieder der Bewegung, die damals im bundesstaatlichen Fahndungsregister eingetragen wurden, fest.

Nach dem Einsatz verglich die Hauptdirektion für innere Angelegenheiten öffentlich den Ashram Shambala mit der japanischen Bewegung Aum Shinrikyo, die 1995 einen Sarin-Gasangriff auf die Tokioter U-Bahn verübt hatte, bei dem 14 Menschen getötet und Tausende verletzt wurden (*Interfax Religion* 2008). Dieser Vergleich sollte einen eindrucksvollen Eindruck hinterlassen und vor Rudnev warnen. Das war absolut unangemessen, da Ashram Shambala im Gegensatz zu Aum Shinrikyo nie mit Terrorakten in Verbindung gebracht worden war.

Wer steckte hinter der Verfolgung?

Obwohl Rudnev sowohl politischer als auch spiritueller Dissident war und das Regime offen kritisierte, war die Russisch-Orthodoxe Kirche (ROC) der Hauptanstanfter der Verfolgung. Während weitere Figuren ebenfalls aufgetaucht sind, ist der wichtigste Anti-Sektenaktivist, der von der ROC in Russland beschäftigt wird, Alexander Leonidowitsch Dvorkin. Er spielte auch eine Schlüsselrolle im Fall Rudnev.

Die ROC und Dvorkin äußerten wachsende Besorgnis über die Erweiterung des „Ashram Shambala“. Sie schätzten, dass die Bewegung zu Beginn des einundzwanzigsten Jahrhunderts etwa 20.000 Anhänger hatte, und stellten sie zunehmend als eine der bedeutendsten „Sekten“-Organisationen des Landes dar.

Dvorkin berichtete oft auf seiner Website über Rudnev und „Ashram Shambala“ iriney.ru. Bereits 2003 veröffentlichte die Seite einen Artikel von Dvorkins Stellvertreter der russischen Anti-Sekten-Dachorganisation RATsIRS, Erzpriester Alexander Novopashin, der „Ashram Shambala“ als „eine monströse Sekte, die Mobbing, Kindesmissbrauch, sexuelle Gewalt, Perversion und Erpressung praktiziert“ beschrieb (Novopashin 2003).

2004 behauptete ein weiterer Artikel auf Dvorkins Website, dass die Studierenden nicht erkannten, dass sie „Opfer“ seien, weil sie einer Gehirnwäsche unterzogen wurden, und kam zu dem Schluss: „Die Sekte zu schließen ist praktisch unmöglich. Wir haben das Gesetz ‘Über Gewissensfreiheit und religiöse Vereinigungen’, das das Recht aller auf Religionsfreiheit bestätigt“ (Zharikova 2004). Glücklicherweise änderte sich das politische Klima später für Dvorkins Anhänger.

Dass die ROC hinter der Verfolgung von Rudnev steckte, zeigt sich auch darin, dass nach seinem Prozess die beschlagnahmten spirituellen Bücher und religiösen Gegenstände durch eine Gerichtsanordnung vom 18. Dezember 2013 vernichtet wurden, eine Maßnahme, die die ROC lange befürwortet hatte. Das Gericht ordnete neben Büchern die Vernichtung von „53 CDs mit Audio- und Videodateien der religiösen Vereinigung“ und sogar von „drei rituellen Trommeln mit Schlägern“ an.

Anti-Sektenaktivitäten im postsowjetischen Russland

Nach der Christianisierung der Kiewer Rus' im Jahr 988 und der Ausbreitung des Christentums nach Norden und Osten durch Europa ist die Ostorthodoxie die dominierende religiöse Tradition in Russland.

1917 brachte die bolschewistische Revolution erzwungenen Säkularismus und kommunistische Indoktrination, gefolgt von weitverbreiteter Verfolgung aller Religionen, einschließlich der orthodoxen Kirche. Diese Situation hielt über 70 Jahre an.

Während der Jahre von Glasnost und Perestroika, die von Michail Gorbatschow (1931–2022) erlassen wurden, wurde ein wichtiges Gesetz verabschiedet. Am 25. Oktober 1990 verabschiedete die Duma (Unterhaus der Föderalen Versammlung Russlands) das „Gesetz über die Gewissensfreiheit“. Zum ersten Mal in der russischen Geschichte wurde die Ausübung der Religion zum unveräußerlichen Recht aller Bürger erklärt.

Eine unmittelbare Folge des Gesetzes von 1990 war eine beispiellose und rasche Ausweitung der religiösen Vielfalt. Missionare aus protestantischen, katholischen, mormonischen, buddhistischen, hinduistischen und anderen Traditionen strömten in großer Zahl nach Russland. Mehrere neue Glaubensrichtungen fremder Herkunft gewannen schnell Anhänger, doch auch öffentliche Besorgnis über ihre rasche Entwicklung und deren Finanzierung entstand. Misstrauen entstand, was fruchtbare Bedingungen für das Aufkommen von Anti-Sekten-Aktivismus schuf.

Rudnev und seine Schule gehörten zu den Nutznießern der Offenheit Russlands gegenüber der weltweiten Vielfalt nach 1991, waren aber auch Opfer der anschließenden Welle von Widerstand, Gegenreaktion und Ablehnung.

Das Wachstum religiöser Vielfalt begann für die ROC alarmierend zu sein, als sie sie als Invasion, Bedrohung der russischen Identität und schließlich als existenzielles Problem wahrnahm (Šorytė 2020).

Darüber hinaus entwickelte sich mit dem fortschreitenden Comeback der ROC in der Innenpolitik der Antisektenaktivitäten in Russland von einem relativ marginalen Anliegen zu einem bedeutenden religiösen, politischen und sicherheitspolitischen Thema.

Die russische Anti-Sekten-Bewegung entwickelte sich zunächst als Reaktion der orthodoxen Kirche auf den beschleunigten Zustrom ausländischer Missionare, neuer religiöser Bewegungen und alternativer spiritueller Gruppen, die das Vakuum durch den erzwungenen staatlichen Atheismus füllten.

Die schwere politische und wirtschaftliche Instabilität der frühen 1990er Jahre prägte ebenfalls die Entstehung dieser Bewegung. Der Zusammenbruch der Sowjetunion brachte weitreichende soziale Unsicherheit, sinkende Lebensstandards und das Verschwinden vieler bekannter Institutionen.

In den folgenden Jahrzehnten wurden die orthodoxen Antisektenaktivitäten eng mit den Interessen des russischen Staates verknüpft, der zunehmend restriktive Politiken gegenüber Minderheitenreligionen mit ihren Entscheidungszentren im Ausland verfolgte (Human Rights Without Frontiers Korrespondent in Russia 2012).

Die ersten organisierten Anti-Sekten-Initiativen entstanden nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion. Dvorkin hatte Zeit in den Vereinigten Staaten verbracht, bevor er Anfang der 1990er Jahre nach Russland zurückkehrte.

Während seines Aufenthalts in den Vereinigten Staaten nahm Dvorkin das russisch-orthodoxe Christentum an und traf auf die westliche Anti-Sekten-Bewegung, die stark auf Begriffe wie „Gehirnwäsche“ und „Gedankenkontrolle“ stützte, um die Konversion zu religiösen missionierenden Gruppen zu erklären.

Als er 1992 nach Russland zurückkehrte, passte er diese Ideen an den postsowjetischen Kontext an und argumentierte, dass „totalitäre Sekten“ nicht nur einzelne Gläubige, sondern auch die russische Gesellschaft und nationale Identität bedrohten.

1993 gründete er unter der Schirmherrschaft der ROC mit dem Segen von Patriarch Alexej II. das Informations- und Konsultationszentrum Saint Irenaeus von Lyon (SILIC). Das Zentrum wurde zur wichtigsten Anti-Sekten-Organisation Russlands, führte umfangreiche Dokumentationen zu neuen religiösen Bewegungen und stellte Bildungs- und Beratungsmaterialien bereit. Er argumentierte, dass bestimmte religiöse Gruppen psychologische Manipulation nutzten, Mitglieder ausbeuteten und eine Gefahr für die Gesellschaft darstellten (Human Rights Without Frontiers Korrespondent in Russia 2012).

Im Gegensatz zu vielen westlichen Anti-Sekten-Bewegungen, die sich oft unabhängig von etablierten Kirchen entwickelten, war die russische Antisektenaktivität eng mit der ROC verflochten. Orthodoxe Führer betrachteten den Zustrom ausländischer Religionsgemeinschaften als Bedrohung für Russlands spirituelle und kulturelle Identität. Anti-Sekten-Rhetorik stellte Minderheitenreligionen fremder Herkunft häufig nicht nur als gefährliche Organisationen, sondern als Agenten ausländischen Einflusses dar, die nationale Traditionen untergraben. Diese Darstellung sprach mit breiteren nationalistischen Gefühlen an, die im postsowjetischen Russland an Stärke gewannen.

Mitten in den anschließenden Kontroversen wurde der ausländische Missionismus zu einem heiß umkämpften Thema, wobei mehrere russische Regionen lokale Gesetze einführten, die ihre historischen Religionen bevorzugten und die Missionsaktivitäten der Neuankömmlinge einschränkten. Neue religiöse Bewegungen wurden zum Hauptthema dieser Kontroversen und zum Hauptziel der lokalen Gesetze.

1997 wurde ein bedeutendes Gesetz verabschiedet: das „Gesetz über Gewissensfreiheit und religiöse Vereinigungen“. Sie spiegelte die oben genannten Spannungen wider und setzte ernsthafte Beschränkungen bei der Registrierung religiöser Organisationen und damit bei den Aktivitäten religiöser Gruppen ausländischer Herkunft. Religiöse Gemeinschaften, die nach dem Gesetz von 1990 registriert waren, unterlagen der Verpflichtung zur erneuten Registrierung: Vielen wurde das Recht zur erneuten Registrierung verweigert und die negative Entscheidung vor nationalen Gerichten und dann vor dem EGMR, insbesondere der Heilsarmee, den Jesuiten, Zeugen Jehovas und der Scientology-Kirche angefochten.

Das Gesetz richtete sich nicht explizit gegen „Sekten“, unterschied aber zwischen „traditionellen“ Religionen und neueren religiösen Organisationen. Gruppen, die keine lange Tätigkeitsgeschichte in Russland nachweisen konnten, sahen sich erheblichen rechtlichen Nachteilen gegenüber. Orthodoxe Führer und Anti-Sekten-Aktivist*innen unterstützten die Gesetzgebung weitgehend.

Das Gesetz führte außerdem ein umfangreiches Registrierungssystem ein, das von religiösen Organisationen verpflichtet war, Gründungsdokumente einzureichen, ihre Gründer zu identifizieren und verschiedene administrative Anforderungen zu erfüllen. Obwohl nicht registrierte Gruppen nicht formell verboten waren, agierten sie in einem zunehmend unsicheren rechtlichen Umfeld, das mit späteren Anti-Extremismus-Gesetzen zur Ausweitung der staatlichen Aufsicht immer restriktiver wurde. Das Gesetz erkannte ausdrücklich die „besondere Rolle“ der Orthodoxie an und erkannte den Islam, das Judentum und den Buddhismus als traditionelle Religionen an und verstärkte eine Hierarchie, die etablierte Glaubensrichtungen gegenüber neueren religiösen Bewegungen bevorzugte.

Das Gesetz von 1997 sowie die von den russischen Behörden anschließende ideologische Haltung und politische Maßnahmen wurden von dem Wunsch inspiriert, Russlands „geistige Sicherheit“ zu gewährleisten. Dieses neue Konzept formulierte die angebliche Rolle der Russisch-Orthodoxen Kirche bei der Wahrung nationaler Werte und Sicherheit. Dies beendete die kurze Phase der Religionsfreiheit, die Russland nach dem Gesetz zur Gewissensfreiheit von 1990 erlebt hatte.

Im Jahr 2000 erklärte die Putin-Administration in ihrem Nationalen Sicherheitskonzept:

Die Sicherung der nationalen Sicherheit der Russischen Föderation umfasst auch den Schutz des kulturellen und spirituell-moralischen Erbes sowie der historischen Traditionen und Standards des öffentlichen Lebens sowie die Bewahrung des kulturellen Erbes aller russischen Völker. Es muss eine staatliche Politik geben, um das geistige und moralische Wohl der Bevölkerung zu wahren, die Nutzung von Sendezeit zur Förderung von Gewalt oder niederträchtigen Instinkten zu verbieten und den negativen Auswirkungen ausländischer religiöser Organisationen und Missionare entgegenzuwirken (Human Rights Without Frontiers Korrespondent in Russia 2012, 270).

Dieses Konzept der „geistigen Sicherheit“ wurde zu einem wichtigen Element der nationalen Sicherheitspolitik. Ab dem Nationalen Sicherheitskonzept von

2000 wurde der Schutz des spirituellen und moralischen Erbes Russlands zunehmend als staatliche Verantwortung dargestellt. Anti-Sektenaktivisten fanden in staatlichen Institutionen empfängliche Zielgruppen und stellten Minderheitenreligionen nicht nur als Bedrohung für einzelne Gläubige, sondern auch für patriotische Werte und soziale Stabilität dar.

In den 2000er Jahren wurde der anti-sektenorientierte Diskurs zunehmend institutionalisiert. Unter der Führung von Wladimir Putin förderte der russische Staat eine Vision der nationalen Einheit, die eng mit dem orthodoxen Christentum verbunden war. Anti-Sektenorganisationen erweiterten ihre Zusammenarbeit mit Regierungsbehörden, Bildungseinrichtungen und Strafverfolgungsbehörden. Konferenzen, Publikationen und Schulungsprogramme warnten vor den Gefahren von „destruktiven Sekten“, einem Begriff, der trotz fehlender klarer rechtlicher Definition weit verbreitet wurde.

Das Konzept der „totalitären Sekte“, das von Dvorkin verwendet und missbraucht wurde, blieb zentral im russischen Antisektenaktivismus. Befürworter argumentierten, dass solche Gruppen übermäßige Kontrolle über Mitglieder ausübten, sie von der Gesellschaft isolierten und ihre Überzeugungen manipulierten. Kritiker wiesen jedoch darauf hin, dass der Begriff oft auf eine breite Palette ausländischer Minderheitenreligionen angewandt wurde, einschließlich Gruppen ohne Vorgeschichte von Gewalt oder kriminellern Verhalten. Religionswissenschaftler kritisierten häufig die russische Anti-Sekten-Literatur dafür, dass sie sich auf polemische statt auf akademische Definitionen stützte.

Die spirituelle Sicherheit diente somit als Grundlage für eine Kampagne, die auf Paranoia gegenüber „fremden“ Feinden und „fremden“ Ideen basierte, sowie für Maßnahmen zur ungebührlichen Einschränkung der Religions- oder Glaubensfreiheit russischer Bürger, die sich für einen nicht einvernehmlichen spirituellen Weg entschieden haben.

Russische Ideen wurden auch ins Ausland exportiert durch die herausragende Rolle, die Dvorkin, der viele Jahre als Vizepräsident diente, in der Europäischen Föderation der Forschungs- und Informationszentren für Sektierertum (FECRIS) spielte, bis er 2023 für seine Unterstützung der russischen Invasion in der Ukraine ausschied.

Ein weiterer Wendepunkt war die Verabschiedung und Umsetzung des „Gesetzes zur Bekämpfung extremistischer Aktivitäten“ im Jahr 2002. Dieses Gesetz wurde ursprünglich durch die Notwendigkeit gerechtfertigt, den Terrorismus nach dem 11. September zu bekämpfen. Dennoch nutzte die Bundesregierung sie zunehmend in ihrem „spirituellen Sicherheits“-Kreuzzug, um den sogenannten „religiösen Extremismus“ ins Visier zu nehmen und religiöse Literatur zu zensieren, die bestimmte russische „Experten“ als „extremistisch“ einstufen.

Das Gesetz von 2002 zur Bekämpfung extremistischer Aktivitäten verwendete breite und ungenaue Definitionen von Extremismus, was es den Behörden ermöglichte, eine Vielzahl religiöser Organisationen zu untersuchen und strafrechtlich zu verfolgen.

Im Laufe der Jahre reichte Dvorkins Einfluss über die öffentliche Interessenvertretung hinaus. 2009 wurde er zum Leiter des Expertenrats der Regierung ernannt, der für die Beratung der Behörden bei der Registrierung und Aktivitäten religiöser Organisationen zuständig ist. Diese Ernennung gab einem führenden Anti-Sekten-Aktivisten eine institutionelle Rolle bei der Umsetzung der russischen Religionspolitik und verdeutlichte die zunehmend enge Beziehung zwischen Anti-Sekten-Organisationen und dem Staat.

Das Gesetz gewährte den Behörden die Befugnis, die religiöse Meinungsfreiheit zu zensieren und ein breites Spektrum religiöser Aktivitäten zu kriminalisieren. Ab 2004 begann die Regierung, den sogenannten „Extremismus“ zu verfolgen und Warnungen vor bestimmten religiösen Aktivitäten auszusprechen. Das allgemeine Argument war, dass das Gesetz von 2002 jede Form von Ausdruck verbietet, die die Überlegenheit einer Religion gegenüber einer anderen, tatsächlich gegenüber der ROC, fördert. Artikel 13 sah die Einrichtung einer bundesweiten Liste verbotener extremistischer Materialien vor.

Die erste Änderung des Gesetzes von 2002 wurde 2006 in der Staatsduma verlesen. Unter anderem wurde die Definition dessen, was genau als extremistische Aktivitäten gilt, erweitert und umfasste gewaltfreie Handlungen des zivilen Ungehorsams. Die besorgniserregende Änderung sah vor:

a) Die Definition von Extremismus umfasst auch Verleumdungen gegen Staatsbeamte im Zusammenhang mit Vorwürfen des Extremismus oder eines besonders schweren Verbrechens;

b) jede Gewalttat (einschließlich Hooliganismus) gegen einen Beamten als Extremismus gilt; und

c) nicht nur Aufrufe zu extremistischen Aktivitäten, sondern auch „Rechtfertigungen“ dieser Aktivitäten verboten werden.

Daher definiert das Gesetz nun extremistische Aktivitäten als „Anstiftung zu rassistischer, nationalistischer oder religiöser Feindschaft sowie sozialer Feindschaft.“ Die Unklarheit dieser Definition lässt den Behörden die Tür offen, religiöse Lehren, die denen der „traditionellen Religionen“ widersprechen, als „Anstiftung zur religiösen Feindschaft“ zu bezeichnen.

Die 2010er Jahre brachten eine weitere Konvergenz zwischen Anti-Sekten-Aktivismus und Bedenken der Staatssicherheit. Gesetze, die ursprünglich zur Bekämpfung von Terrorismus und politischem Extremismus gedacht waren, wurden zunehmend auf neue religiöse Gruppen angewandt.

Neue Gesetze, darunter die Yarovaya-Änderungen von 2016, führten weitere Einschränkungen der Missionstätigkeit ein, indem sie religiöse Kontakte außerhalb offiziell genehmigter Einrichtungen einschränkten und die staatliche Überwachung religiöser Gemeinschaften ausweiteten.

All diese rechtlichen Maßnahmen wurden als Waffe eingesetzt, um religiöse Minderheiten ausländischer Herkunft zu verbieten. Das auffälligste Beispiel war das Verbot der friedlichen Bewegung der Zeugen Jehovas im Jahr 2017, das sie als extremistische Organisation bezeichnete. Sie lehnen jedoch Krieg und Militärdienst ab.

Gleichzeitig erweiterte die Anti-Sektenbewegung ihren Fokus über die Religion hinaus. Bedenken hinsichtlich psychologischer Manipulation, kommerzieller Selbsthilfeorganisationen, esoterische Bewegungen und internetbasierte Gemeinschaften wurden immer häufiger. Russische Anti-Sekten-Aktivisten argumentierten, dass gefährliche Formen sozialen Einflusses sowohl in religiösen als auch in säkularen Kontexten entstehen könnten. Dennoch blieben sie stärker mit Fragen der nationalen Sicherheit, kultureller Souveränität und des Schutzes der traditionellen religiösen Identität verbunden.

Bis in die 2020er Jahre war Anti-Sekten-Aktivismus zu einem stabilen Bestandteil des russischen religiösen politischen Umfelds geworden. Regierungsbehörden, orthodoxe Institutionen und Anti-Sekten-Organisationen arbeiteten häufig zusammen, um Gruppen zu identifizieren und zu kritisieren, die als sozial gefährlich galten. Öffentliche Diskussionen über „Sekten“ stimmen zunehmend mit breiteren staatlichen Anliegen zu ausländischem Einfluss, Informationssicherheit und ideologischem Zusammenhalt überein.

Im weiteren Sinne entwickelte sich der anti-sektenorientierte Diskurs von einer orthodoxen Kampagne gegen bestimmte ausländische religiöse Minderheiten zu einem Rahmen, durch den der Staat eine stärkere Regulierung des religiösen Lebens im Namen der nationalen Sicherheit, der spirituellen Souveränität und des Schutzes traditioneller Werte rechtfertigte.

Der Dvorkin-Rudnev-Gerichtsfall

Im Oktober 2010 gab Dvorkin Pravda.ru ein Interview zu Rudnev und dem „Ashram Shambala“. Der Artikel erschien unter der Überschrift: „Der Organisator okkultur Orgien steht dem Gefängnis gegenüber“ (Gumanova 2010).

Während des Interviews beschrieb Dvorkin Rudnev als „einen bekannten Betrüger und Schwindler mit ausgeprägten sadistischen Tendenzen.“ Laut dem Artikel behauptete Dvorkin weiter, dass infolge der Aktivitäten von Ashram Shambala „Menschen verschwanden“, Mitglieder „grausamem Mobbing“ ausgesetzt seien und an „kollektiven sexuellen Orgien“ teilgenommen hätten. Er behauptete außerdem, dass Mitglieder „gefoltert, geschlagen, ihre Köpfe in Toiletten getaucht wurden, mit Zigaretten verbrannt und aufgeschnitten wurden.“ Und er bemerkte: „Vor einigen Jahren wurde er [Rudnev] in eine psychiatrische Klinik eingewiesen, um seine geistige Gesundheit zu untersuchen, aber er entkam der Untersuchung.“

Rudnev reichte daraufhin eine zivilrechtliche Klage gegen Dvorkin ein, um seine Ehre und seinen Ruf zu schützen, und reichte außerdem eine Klage gegen *Pravda.ru* auf moralischen Schadensersatz ein. Er forderte die Veröffentlichung eines Erwiderungsrechts zur Widerlegung ihrer Behauptungen und forderte eine Entschädigung von 500.000 Rubel von Pravda.ru und 1.000.000 Rubel von Dvorkin.

Das Bezirksgericht Basmanny in Moskau begann 2011 ein Verfahren, doch keiner der Angeklagten – einschließlich Pravda.ru, Dvorkin und der Journalist, der den Artikel verfasst hat – erschien bei den Vorverhandlungen. Am 26. März 2012 wies das Gericht Rudnevs Ansprüche ab. Er legte Berufung gegen das Urteil ein, doch am 22. August 2012 bestätigte das Moskauer Stadtgericht die Abweisung.

Die vom Gericht angeführten Gründe zur Entlastung von Dvorkin, identifiziert als D.A.L., von jeglicher Verantwortung sind erwähnenswert:

Das Gerichtsgremium hält diese Schlussfolgerung für richtig, da D.A.L. in diesem Fall als Beamter einer öffentlichen Organisation gehandelt hat. Indem es sich weigerte, die Ansprüche gegen D.A.L. zu erfüllen, ging das Gericht erster Instanz vernünftigerweise davon aus, dass im Sinne des geltenden Zivilrechts das Kriterium zur Unterscheidung der Aussagen über Tatsachen und Ereignisse von den Werturteilen (Meinungen, Überzeugungen) darin besteht, solche Informationen auf ihre Realitätsübereinstimmung zu überprüfen, Wahrheit oder Unwahrheit. Die vom Kläger angefochtene Aussage kann nicht als Tatsachen- oder Ereignisaussage betrachtet werden, sondern stellt eine Meinung, ein Urteil oder eine Verurteilung dar, die nicht mit der Realität verifiziert werden kann und daher nicht dem gerichtlichen Schutz gemäß Art. 152 des Zivilgesetzbuches der Russischen Föderation unterliegt (Zivilabteilung des Moskauer Stadtgerichts 2012).

Nach Ansicht des Gerichtsausschusses kam das Gericht erster Instanz zu einem „vernünftigen Schluss“, dass Dvorkins Aussagen keine Tatsachenbehauptungen, sondern lediglich „Meinungen“ enthalten. Diese Schlussfolgerung war offensichtlich falsch, da die Aussage, dass Mitglieder „gefoltert, geschlagen, ihre Köpfe in Toiletten getaucht wurden, mit Zigaretten verbrannt und geschnitten wurden“, angebliche Tatsachen beschreibt und keine Meinung darstellt. Es hätte „gegen die Realität überprüft“ werden müssen, insbesondere weil Rudnev für diese Verbrechen nicht verurteilt wurde.

Der Schutz, den das Gericht Dvorkin bot, war somit ein weiterer Beweis für die symbiotischen Beziehungen zwischen der ROC, Anti-Sekten-Aktivisten, Gerichten und den Medien in Russland unter der Schirmherrschaft des Putin-Regimes. Es bedeutet auch, dass in Russland getroffene Entscheidungen oder Veröffentlichungen in russischen Medien nicht als Beweismittel im Ausland betrachtet werden sollten. Sie gehören zum Bereich der Propaganda und drücken, anstatt Fakten zu beschreiben, die Position der ROC und des Regimes zum Ausdruck und fungieren als Werkzeuge zur Verfolgung geistiger und politischer Dissidenten.

Quellen

Ich habe außerdem über die Anwälte von Konstantin Rudnev die Akten der verschiedenen Gerichtsverfahren in Russland und die entsprechenden Beilagen konsultiert.

Civil Division of the Moscow City Court. 2012. Appellate ruling, 22. August. Abgerufen 17. Juli 2026. <https://bit.ly/3ToRcIh>.

European Court of Human Rights. 2010. *Jehovah's Witnesses of Moscow and Others v. Russia*. 10. Juni. Abgerufen 17. Juli 2026. <https://bit.ly/44ozg2K>.

Gumanova, Olga. 2010. „Организатора оккультных оргий ждет тюрьма” (Der Veranstalter okkulturer Orgien steht vor Gefängnisaufenthalt). *Pravda.ru*, 7. Oktober. Abgerufen 16. Juli 2026. <https://bit.ly/4ppvmk1>.

Human Rights Without Frontiers Correspondent in Russia. 2012. „FECRIS and Its Affiliate in Russia: The Orthodox Clerical Wing of FECRIS.” *Religion – Staat – Gesellschaft* 2012(2):267–306.

Interfax Religion. 2008. „Задержанный ранее лидер секты ‘Ашрам Шамбалы’ находится на свободе” (Der inhaftierte Führer der Ashram Shambala Sekte ist nun wieder frei). 29. Oktober. Abgerufen 17. Juli 2026. <https://bit.ly/3RcayzP>.

Introvigne, Massimo. 2022. *Brainwashing: Reality or Myth?* Cambridge: Cambridge University Press.

Novopashin, Alexander. 2003. „ШКОЛА ДЛЯ ДУРАКОВ” (School for Fools). *Iriney.ru*, 12. Oktober. Abgerufen 17. Juli 2026. <https://bit.ly/4po1OmK>.

[Petukhova, Polina und andere]. O.D. *Путь Дурака* (The Way of the Fool). 2 Bände, nicht veröffentlicht: privat gedruckt.

Šorytė, Rosita. 2020. „Opposition to Jehovah's Witnesses in Russia: The Cultural Roots.” *The Journal of CESNUR* 4(6):11–24. DOI: 10.26338/tjoc.2020.4.6.2.

Zharikova, Anna. 2004. „Пленница по своей воле” (Gefangene ihres eigenen freien Willens). *Iriney.ru*, 26. August. Abgerufen 17. Juli 2026. <https://bit.ly/3T5KYx0>